

Der Bär ist los!

Berliner WASG kontra *Berliner* Linkspartei.PDS

2. Folge

von
Egbert Scheunemann

Stand: 2. Dezember 2005

Seitdem die Berliner WASG entschieden hat, bei den kommenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus gegen die *Berliner* Linkspartei.PDS anzutreten, ist der Bär los – und zwar in WASG wie Linkspartei.PDS gleichermaßen. Und nicht nur in Berlin. Die Aufgeregtheit scheint manchen nicht gut zu tun. Vor allem im Kopf. Denn was man in den letzten Tagen zu lesen und hören bekam, war streckenweise schier unglaublich: in der Tradition eines autoritären „demokratischen Zentralismus“ geäußerte unverhohlene Drohungen mit „Konsequenzen“ angesichts eines mit übergroßer Mehrheit gefassten Beschlusses eines demokratischen Souveräns, peinliche Offenbarungen vollendeter politikanalytischer Unfähigkeit und politischer Unwissenheit, an den Haaren herbeigezogene Unterstellungen – und selbst eine presseöffentliche Ankündigung¹ der *offenen Unterwanderung* der Berliner WASG (800 Mitglieder) durch die Berliner Linkspartei.PDS (10.000 Mitglieder), im Ökonomenjargon auch *feindliche Übernahme* genannt², oder die nur noch Kopfschütteln verursachende Feststellung des designierten Parteichefs der Berliner Linkspartei.PDS, Klaus Lederer, man werde dafür *kämpfen*, „die Option für eine rot-rote Regierung zu erneuern“.³ Angesichts der drei Tage *vor* dieser gezielten Provokation geäußerten ganz klaren Devise des Bundesvorstands der WASG, „dass ein „Weiter so!“ in Berlin (gemeint ist die neoliberale rot-rote Regierungspolitik; E.S.) nicht möglich ist“⁴, kann man diese Äußerung nur noch dahingehend interpretieren, dass die *Berliner* Linkspartei.PDS eigentlich nicht will, dass ihr ihre Ministersessel in Berlin wichtiger sind als eine *wirklich antineoliberale* Neue Linkspartei bundesweit.

Nochmals⁵ und nach den Erfahrungen der letzten Tage um so mehr kann ich WASG UND LINKSPARTEI.PDS nur dringend empfehlen, die *Berliner* Linkspartei.PDS einfach rechts liegen zu lassen und sie dem Wählervotum im Herbst nächsten Jahres – sprich: ihrer gnadenlosen Abstrafung für ihre asoziale Politik zu überantworten. Die *Berliner* WASG wäre von allen guten Geistern verlassen, würde sie sich in einem Bündnis mit der *Berliner* Linkspartei.PDS für diese asoziale Politik gleich mit abstrafen

¹ Vgl.: <http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/01.12.2005/2208052.asp>
<http://www.taz.de/pt/2005/12/01/a0192.nf/text.ges,1>

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/nachrichten/?cnt=764758&

² Vgl. als erste Reaktion der WASG darauf das Papier von *Joachim Bischoff* und *Björn Radtke* „Politische Kraftmeierei statt Debatte über Berliner Politik“, in dem sie sich abschließend für einen „grundlegenden Politikwechsel gegen die neoliberale Umverteilungspolitik“ aussprechen (<http://www.w-asg.de/28+M525f1cb2e3a.0.html#>).

³ Vgl: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/berlin/505156.html>

⁴ Vgl: <http://www.w-asg.de/28+M5c1a3104f79.0.html>

⁵ Vgl. meinen Artikel „*Berliner* WASG kontra *Berliner* Linkspartei.PDS – zum Schaden des *bundesweiten* Projekts einer Neuen Linkspartei? Unsinn!“ unter:
<http://www.egbert-scheunemann.de/Berlin-WASG-Linkspartei.PDS.pdf>

lassen. FALLS – wovon auszugehen aber kein vernünftiger Grund existiert – das gesamte, das *bundesdeutsche* Projekt einer Neuen Linkspartei wirklich gefährdet (und nicht vielmehr faktisch gestärkt!) werden sollte durch ein separates Antreten der Berliner WASG *gegen* die asoziale Politik der *Berliner* Linkspartei.PDS, würde ich der Berliner WASG eher raten, lieber ÜBERHAUPT NICHT zur Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus anzutreten und genüsslich der Demontage der rot-roten Koalition wie vor allem der *Berliner* Linkspartei.PDS beizuwohnen. Allein, ich seh's ja, die Berlinerinnen und Berliner, zumindest die sozial denkenden, hätten in diesem Falle eben gar keine *Wahlalternative* mehr...

Aber der Reihe nach – und zunächst zu dem reihum vorgebrachten Bedenken, die Entscheidung der *Berliner WASG* gefährde den *Fraktionsstatus* der *Linkspartei.PDS* im *Bundestag*. In der Geschäftsordnung des Bundestags ist zu lesen: „Die Fraktionen sind Vereinigungen von mindestens fünf vom Hundert der Mitglieder des Bundestages, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die auf Grund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen. Schließen sich Mitglieder des Bundestages abweichend von Satz 1 zusammen, bedarf die Anerkennung als Fraktion der Zustimmung des Bundestages.“⁶

Die einzige *Fraktionsgemeinschaft*, die im Bundestag existiert, ist die der CDU mit der CSU. Die *Fraktion* der Linkspartei.PDS im Bundestag – ist die *Fraktion* der *Linkspartei.PDS* im Bundestag und nichts anderes. Die WASG ist ALS PARTEI zur letzten Bundestagswahl überhaupt nicht angetreten. Fraktionsmitglieder der Linkspartei.PDS sind Fraktionsmitglieder der Linkspartei.PDS, weil sie auf Wahllisten DER LINKSPARTEI.PDS in den Bundestag gewählt worden sind (von Direktmandaten einmal abgesehen). Kein Mitglied des Bundestages ist ALS PARTEIVERTRETER der WASG in den Bundestag gewählt worden. Alle Fraktionsmitglieder der Linkspartei.PDS sind VERTRETER DER LINKSPARTEI.PDS. Ob manche Vertreter der Fraktion der Linkspartei.PDS Mitglieder der Linkspartei.PDS sind oder nicht oder ob sie zufälligerweise noch ein Parteibuch der WASG in der Tasche haben oder nicht, ist völlig irrelevant (sie hätten ja genauso gut als Parteilose – wie faktisch etwa der Hamburger Norman Paech – auf die Wahllisten der Linkspartei.PDS gesetzt werden können). Und selbst ohne Zählung der 11 Mitglieder der Bundestagsfraktion der Linkspartei.PDS, die zusätzlich Mitglied der WASG sind, würde die verbleibende Zahl der Fraktionsmitglieder, die Parteimitglieder der Linkspartei.PDS sind, immer noch die für eine Fraktion erforderliche Größenordnung *weit* überschreiten. Der Fraktionsstatus der Linkspartei.PDS ist also in KEINEM Fall gefährdet.

Aber lassen wir diesen – anstelle, so scheint es, mangelnder *politischer* Argumente nur vorgeschobenen – formalrechtlichen Firlefanz beiseite. Es gibt nämlich auch und zumindest *Versuche*, gegen die Entscheidung der Berliner WASG *politische* Argumente vorzubringen. Allein, auch sie erscheinen hochgradig vorgeschoben, oder sie sind ganz einfach schlecht – oder eigentlich gar keine Argumente, sondern einfach nur Unterstellungen. Nicht sonderlich in politisch-analytischer und argumentativer Toppform erweisen sich beispielsweise die WASG-Bundesvorständler *Joachim Bischoff* und *Björn Radtke* in ihrem auf der Homepage der WASG publizierten Papier „Die grundlegende Schwäche der politischen Linken: Prinzipielle Klarheit vor Gemeinsamkeit“⁷ – zwei

⁶ Vgl: <http://www.bundestag.de/parlament/gesetze/go.pdf>, S. 221, sowie http://www.bundestag.de/parlament/gesetze/go_ert/gescho04.html

⁷ Vgl.: <http://www.w-asg.de/28+M5c2348f78a6.0.html>

Autoren, von denen man ansonsten schon viel Vernünftiges gelesen hat. Davon mal abgesehen, dass ich in der Tat keinerlei „Gemeinsamkeit“ zwischen der Programmatik der WASG (und der Linkspartei.PDS!!) und der *Realpolitik* der *Berliner* Linkspartei.PDS erkennen kann, heben *Bischoff/Radtke* gleich mit einer ebenso unbewiesenen wie nicht beweisbaren, weil tatsachenwidrigen Behauptung an: „Die Beschlüsse des Berliner Landesparteitages betreffen im Kern... keineswegs (!! E.S.) die landesspezifischen Optionen... Die Minderheiten (in Berlin immerhin eine Zweidrittelmehrheit!! E.S.), die im Kern von Beginn gegen die Kooperation (nicht gegen *die* Kooperation mit *der* Linkspartei.PDS, sondern gegen eine Kooperation mit *Parteifractionen* derselben, die neoliberale Realpolitik betreiben; E.S.) eingestellt waren, wollen jetzt Bedingungen erzwingen (wer hat da wem „Konsequenzen“, also wohl Zwangsmaßnahmen angedroht? E.S.), die einer vorweggenommenen Ablehnung den Weg bahnen (Die *Realpolitik* der *Berliner* Linkspartei.PDS bahnt vielmehr einer solchen Ablehnung auf *Berliner* Ebene den Weg! E.S.) und damit das mit großer Mehrheit beschlossene erneute Votum eines Bundesparteitages und einer Mitglieder-Urabstimmung (mit dem Ergebnis und dem Auftrag, einen „ergebnisoffenen“ Diskussionsprozess in die Wege zu leiten; E.S.) unterlaufen (Über Landespolitik wird in guter *demokratischer* Tradition und unserer *Verfassung* sowie dem *Wahl- wie Parteienrecht entsprechend* auf Landesebene entschieden – und nicht auf Bundesparteitagen. Das hat nichts mit „unterlaufen“ zu tun. E.S.).“ Es sei „sehr verkürzt, die Aufkündigung dieser Koalitionen (in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin; E.S.) zur Schlüsselfrage für den gesamten (!! E.S.) Prozess zu erklären (GENAU DAS geschieht NICHT!! E.S.)... Was es nicht gibt, ist eine Zielsetzung der Kritiker an dem Projekt einer Partei der demokratischen Linken (Unsinn: Das Ziel ist sonnenklar, weil in zig Papieren der Kritiker ausformuliert, eine Neue Linkspartei als möglichst *breites* linkes Bündnis unter selbstverständlichem Einschluss der Linkspartei.PDS – abzüglich ihrer neoliberal bis auf die Knochen blamierten Fraktionen; E.S.).“

Belassen wir es bezüglich *Bischoff/Radtke*, die sich immerhin noch um *inhaltliche Argumentation bemühen*, mit diesen kritischen Anmerkungen in Parenthese. Nicht auf sich beruhen lassen kann und will ich aber bestimmte Ausfälle bestimmter anderer Vertreter des Bundesvorstands der WASG in der Presseöffentlichkeit gleich nach dem Beschluss der Berliner WASG. Als hauptberuflicher Beobachter politischer Prozesse und speziell auch der politischen Linken ist man ja von einigen Fraktionen der politischen Linken – in vor allem historischer Perspektive – einiges gewohnt (Stichworte: „demokratischer Zentralismus“, sprich: „Die Partei hat immer recht.“, Leninismus, Stalinismus, Parteisäuberungsprozesse, politische Morde an „Revisionisten“ oder „Renegaten“ etc. pp.). Und noch heute fühle ich mich als eingefleischter Basisdemokrat und bis ins Knochenmark antiautoritärer Mensch – was die gelegentliche Äußerung gelegentlich deutlicher Worte keinesfalls ausschließt – eher an Umgangsweisen auf der Baustelle⁸ erinnert, wenn ich bestimmte Fraktionen und Charaktere in der WASG (oder der Linkspartei.PDS) auf Parteisitzungen etc. mitbekomme, als an eine Versammlung von freien Menschen, die gemeinsam an der Verwirklichung des Projektes *Humanismus und Aufklärung* arbeiten. Ich bin also ziemlich hart gesotten (worden), was diese Umgangsweisen betrifft, und neige grundsätzlich nicht zu politischer Zimperlichkeit und Wehleidigkeit. Deutliche Worte müssen gelegentlich schon sein.

⁸ Ich habe auf selbigen in der Tat über lange Jahre in den Semesterferien als Heizungs- monteur gearbeitet, um mein Studium mitzufinanzieren, weiß also, wovon ich spreche.

Was ich aber an autoritärem Gehabe, Größenwahnsinniger Amtsanmaßung, Drohungen mit Zwangsmaßnahmen, wahrheitswidrigen Unterstellungen und gelegentlich einfach an Beleidigungen und dämlichem Geschwätz von einigen WASGLern in führenden Positionen im Anschluss an den mit überwältigender, ja QUALIFIZIERTER MEHRHEIT gefassten DEMOKRATISCHEN BESCHLUSS des DEMOKRATISCHEN SOUVERÄNS der Berliner WASG gelesen und gehört habe⁹, lässt mich nur noch den drängenden Wunsch äußern, diese (und nur diese) Leute, die ihrer Aufgabe definitiv nicht gewachsen sind, möglichst bald abwählen zu können. Und ich hoffe, dass der nächste Bundesparteitag der WASG mir Gelegenheit dazu bietet. Denn ein „Weiter so!“ darf es nicht nur in der Berliner Politik nicht geben – wie der WASG-Bundesvorstand sich sehr weise in seinem schon zitierten offiziellen Papier äußert. Auch der autoritäre Politikstil einiger WASG-Offizieller gehört einfach demokratisch abgewählt. Basisdemokratische Regeneration in den Reihen des Parteifußvolkes – sie täte manchen gut.

⁹ Ich verzichte hier ganz bewusst darauf, konkrete Quellen und damit, auch nur indirekt, *Namen* zu nennen. Wer die Presse nach dem 26. November 2005 verfolgt hat, weiß, was ich meine.